Amtsblatt

der Regierung zu Oppeln.

Hierzu: „Oeffentlicher Anzeiger" als Beilage nur für bezugsberechtigte Empfänger.

Stück 49 Ausgegeben Oppeln, den 7. Dezember 1918. 1918

Bekanntmachungen für die nächste Nr. sind spätestens bis Dienstag, nachmittags 5 Uhr, der Amtsblattstelle zuzusenden

Inhaltsverzeichnis. Nr. 155 bis 167 R. G. Bl., S. 337; Nr. 33 bis 36 Pr. G. S., Beachtung der in Kraft gebliebenen Gesetze u. Verordnungen, Außerkraftsetzung der Bekanntmachungen betr. Beschlagnahme von Eisen usw., S. 338; Höchstsatz der Vermittlergebühr der Kommissionäre u. Höchstzuschläge bei Abgabe von Stroh usw., Nachforschung nach Einbrechern, S. 339; Warnung vor Ankauf von Waffen usw. von Heeresangehörigen, Aufspeicherung von Zahlungsmitteln, Abgrenzung der Schornsteinfegerkehrbezirke in Hindenburg OS., S. 340; Absatz von Grünkohl u. Dauerweißkohl, Höchstpreise für Obst u. Gemüse, S. 341; ausgeloste schles. Rentenbriefe, S. 342; Personalnachrichten, S. 344.

Wer über das gesetzlich zulässige Maß hinaus Hafer, Mengkorn, Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, oder Gerste verfüttert, versündigt sich am Vaterlande!

Reichsgesetzblatt.

669. Die Nummern 155 bis 167 des Reichs-Gesetzblatts enthalten unter

Nr. 6535 einen Erlaß über die Bildung eines Ausschusses für die Einführung von Lebens-, Futter- und Düngemitteln, vom 15. November 1918.

Nr. 6536 eine Anordnung, betreffend Einquartierung, vom 16. November 1918.

Nr. 6537 eine Bekanntmachung über die Mitteilung von Wertpapierpreisen, vom 19. November 1918.

Nr. 6538 eine Verordnung über die Verhütung von Seuchen, vom 20. November 1918.

Nr. 6539 die Namensänderung des Kriegsernährungsamts, vom 19. November 1918.

Nr. 6540 eine Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zum Kapitalabfindungsgesetze für Offiziere, vom 7. November 1918,

Nr. 6541 eine Verordnung über Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung, vom 22. November 1918.

Nr. 6542 eine Verordnung über die Festsetzung neuer Preise für die Weiterarbeit in Kriegsmaterial, vom 21. November 1918.

Nr. 6543 eine Verordnung über die Post- und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Ausland, vom 15. November 1918.

Nr. 6544 eine Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland, vom 21. November 1918.

Nr. 6545 die Unterstellung der Zentral-Einkaufsgesellschaft unter das Reichsernährungsamt, vom 23. November 1918.

Nr. 6546 eine Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien, vom 23. November 1918.

Nr. 6547 eine Bekanntmachung, betreffend Aufhebung des § 7 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren vom 10. Juni/23 Dezember 1916 (R. G. Bl. S. 1420) vom 22. November 1918.

Nr. 6548 eine Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, vom 23. November 1918.

Nr. 6549 eine Verordnung, betreffend die vorläufige Regelung der Luftfahrt, vom 26. November 1918.

Nr. 6550 eine Verordnung über den Erlaß

von Strafbestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung, vom 27. November 1918.

Nr. 6551 eine Verordnung über die Benutzung von Grundstücken und Gebäuden, Schiffen und Wasserfahrzeugen zu militärischen Zwecken nach Eintritt des Friedenszustandes, vom 28. November 1918.

Nr. 6552 eine Bekanntmachung, betreffend die Verwertung des durch die Demobilisation freiwerdenden Armeematerials, vom 29. November 1918.

Nr. 6553 eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz), vom 30. November 1918.

Nr. 6554 die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, vom 30. November 1918.

Preußische Gesetzsammlung.

670. Die Nummern 33 bin 35 der Preußischen Gesetzsammlung enthalten unter

Nr. 11697 einen Erlaß des Staatsministeriums, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens bei der Ausführung öffentlicher Anlagen in den Gemarkungen Warnau, Tragheim, Schloß Kalthof und Kaminke, Kreis Marienburg, durch das Deutsche Reich (Reichsmilitärfiskus), vom 23. Oktober 1918.

Nr. 11698 eine Aenderung der Allgemeinen Verfügung über die Festsetzung von Pauschvergütungen für Dienstreisen nach nahegelegenen Orten vom 13. Oktober 1911 (Gesetzsamml. S. 213), vom 2. November 1918.

Nr. 11699 einen Erlaß der Preußischen Regierung, betreffend die Bestellung eines Preußischen Staatskommissars für Demobilmachung, vom 15. November 1918.

Nr. 11700 eine Anordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 17. November 1918.

Nr. 11701 eine Anordnung der Preußischen Regierung, betreffend Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen usw., vom 18. November 1918.

Nr. 11702 eine Anordnung der Preußischen Regierung, betreffend die Bestellung weiblicher Personen zu Mitgliedern gemischter städtischer Verwaltungsdeputationen, vom 23. Nov. 1918.

Bekanntmachungen der höchsten Staatsbehörden.

671. Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von Jedermann zu beobachten sind, wie auch Jedermann in ungestörtem Genuß der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Danach besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

Berlin, den 14. November 1918.

Namens der preußischen Regierung.

v. Breitscheid. Dr. Südekum.

672. Der gestrige Erlaß Nr. 26 enthält folgende Bestimmung:

„Bei Eisenwirtschaft Verwendungsverbote und Freigabeverfahren für Halb- und Fertigfabrikate aufgehoben. Einzelheiten folgen.

Bautenprüfstellen fallen fort."

Hiernach sind die nachstehend aufgeführten Bekanntmachungen mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt:

Zeitpunkt des Erlasses bezw. der Veröffentlichung	Aktenzeichen bezw. Reichsgesetzblatt S.	Bezeichnung.
November 1916	B. 143 10. 16. RMA.	Einzellieferungsbeschränkung für Roheisen, Rohstahl, Halbzeug geschm. und gewalzten Fabrikaten, Flußeisen, Flußstahlformguß und Grauguß.
20. Oktober 1917	Bg. 200. 9. 17. RMA.	Beschlagnahme und Bestandserhebung von eisernen Heizkörpern und Zentralheizungskesseln.

Zeitpunkt des Erlasses bezw. der Veröffentlichung.	Aktenzeichen bezw. Reichsgesetzblatt S.	Bezeichnung.
13. Februar 1917	Stab-Tech. 5639. 217.	K. Z. 2. Einzelbeschlagnahme und Bestandserhebung über Gleismaterial und Betriebsmittel der Straßenbahnen.
10. Oktober 1917	B. 50. 8. 17. KRA. mit Nachträgen	Beschlagnahme und Bestandserhebung von Stab-, Form- und Moniereisen, Stab- und Formstahl, Blechen und Röhren aus Eisen und Stahl, Grauguß, Temperguß; Stahlguß.
27. September 1917	B. 1916. 7. 17. KRA.	Beschlagnahme von Stacheldraht und Bestandserhebung von Stacheldraht und Stacheldrahtmaschinen.
November 1917	B. 452. 10. 17 KRA.	Erzeugung des Kriegsmaterials durch Eisen- und Stahlwerke.
Dezember 1917	Bst. m. 308. 12. 17. KRA.	Einzelbeschlagnahme von harten Stahldrähten.

Sämtliche seitens der Rohstahl-Ausgleichsstelle erlassenen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere die Bestimmungen des Rundschreibens Nr. 20 des Deutschen Stahlbundes vom 1. Dezember 1916 und die für die Eisen- und Stahlgießereien grundlegende Verfügung der Rohstahlausgleichsstelle vom 5. April 1917 Tgb. Nr. I.-1418. 3. 17. RAE. (I. 214. 4. 17. RAE.) werden gleichfalls außer Kraft gesetzt, Eidesstattliche Erklärungen, Bezugsscheine und Dringlichkeitsscheine, sowie sonstige den Verkehr in Eisen und Stahl regelnde Vorschriften für Bezug und Lieferung kommen damit in Fortfall.

Berlin, den 19. November 1918.

Staatskommissar für Demobilmachung. Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung. (Demobilmachungsamt) und Preußischer Staatskommissar für Demobilmachung.

Bekanntmachungen des Oberpräsidenten.

673. Anordnung. Die in meiner Anordnung vom 22. August d. Js. festgesetzte Vergütung für Händler und Kommissionäre gemäß § 2 der Verordnung über die Preise für Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918 vom 28. Juni 1918 (R. G. Bl. 1918 S. 721) sowie der Höchstpreiszuschlag bei Abgabe von Stroh und Häcksel durch die Kommunalverbände und Gemeinden an die Verbraucher wird wie folgt abgeändert:

1. Der von den Lieferungsverbänden dem Händler oder Kommissionär zu zahlende Betrag der Vergütung darf 8 M. für die Tonne nicht übersteigen.

2. Die Kommunalverbände werden ermächtigt bei Abgabe von Stroh und Häcksel an die Verbraucher die ihnen tatsächlich durch die Abgabe erwachsenden Unkosten dem Höchstpreise (§§ 1—4 der Verordnung vom 28. Juni 1918) zuzuschlagen.

Breslau, den 16. November 1918.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen der Regierung zu Oppeln.

674. In der Nacht vom Sonnabend den 23. November 1918 zu Sonntag den 24. November 1918 um 12 Uhr haben Einbrecher, 2 Militärpersonen und 1 Zivilperson, in Gleiwitz, Schakanauerstraße 24, in dem einzeln in der Nähe des Gleiwitzer Stadtwaldes liegenden Gehöft des Eigentümers Konstantin Wrobel versucht, in das Stallgebäude einzubrechen, um dort einen Schweinediebstahl auszuführen. Die Täter waren stark bewaffnet, die Militärpersonen angeblich mit kurzen Gewehren (Karabinern), die Zivilperson mit einem Revolver (anscheinend Armeepistole). Zwischen dem sie ertappenden Eigentümer Konstantin Wrobel, seiner Ehefrau Pauline Wrobel, seinem 16jährigen Sohn Karl und dem Auszügler Franz Wrobel einerseits und den Verbrechern andererseits entspann sich ein harter Kampf, bei welchem Frau Wrobel durch einen Kopfschuß getötet, Franz Wrobel lebensgefährlich verletzt

wurden, so daß er am 25. November 1918 verstorben ist, während Konstantin und Karl Wrobel schwer durch Schüsse und Stockhiebe verwundet wurden. Die Täter haben am Tatort eine zerbrochene Stockkrücke zurückgelassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch sie geringere Verletzungen davongetragen haben.

Von den Tätern fehlt jede Spur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß außer den genannten 3 Personen noch 2 weitere Personen mit einem Handwagen an der Tat beteiligt gewesen sind, da von dem Verletzten Karl Wrobel gleich nach der Tat beobachtet worden ist, daß sich zwei männliche Personen und etwa 15 Schritte hinter ihnen eine Frau und eine jungliche männliche Person mit einem Handwagen nach dem Walde zu entfernten.

Die Ermittelungen nach den Tätern waren bisher ergebnislos.

Ich fordere zur Nachforschung nach den Tätern auf und sichere eine Belohnung von

— 1000 Mark —

demjenigen zu, der die Täter so zur Anzeige bringt, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Eine etwa erforderlich werdende Verteilung der Belohnung behalte ich mir unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

Oppeln, den 29. November 1918.

Der Regierungspräsident.

675. Warnung. „Die Zivilbevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß es verboten ist, von Heeresangehörigen Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände käuflich zu erwerben oder sich schenken zu lassen. Auf unrechtmäßige Weise erworbene Gegenstände werden eingezogen und die Erwerber bestraft."

Oppeln, den 3. Dezember 1918.

Der Regierungspräsident.

676. Die Aufspeicherung von Zahlungsmitteln in weiten Kreisen der Bevölkerung hat seit Anfang Oktober einen geradezu beispiellosen Umfang angenommen. Durch diese törichte Handlungsweise wird die gesamte vaterländische Volkswirtschaft aufs schwerste geschädigt. Die Befürchtung, daß der Staat dazu schreiten könnte, die Guthaben bei den Geldinstituten zu beschlagnahmen, ist nach den Erklärungen der neuen Regierung unbegründet. Selbst wenn sie es aber wäre, so schützte die Aufspeicherung von Zahlungsmitteln doch nicht vor Verlusten, da einfacher als die Beschlagnahme der Guthaben die Ungültigkeitserklärung des im Privatbesitz befindlichen Papiergeldes durchzuführen wäre, woran natürlich ebenso wenig gedacht wird.

Oppeln, den 27. November 1918.

Regierung.

Bekanntmachungen des Bezirksausschusses.

677. In dem Beschlusse des Bezirksausschusses vom 10. Juli 1918, betreffend die Abgrenzung der Schornsteinfegerkehrbezirke I, II und III in Hindenburg, — Amtsblatt für 1918 Stück 29 Seite 191 — finden sich Unstimmigkeiten.

Die Kehrbezirkseinteilung wird daher hiermit nochmals bekannt gegeben:

a. **Kehrbezirk Hindenburg I,**

umfassend den östlichen Teil von Hindenburg, der im Süden durch die Eisenbahn Gleiwitz—Ruda begrenzt wird; im Westen geht die Grenze durch die Bahnhofstraße, Kronprinzenstraße bis an die Stollenstraße, dann schräg über den Marktplatz bis zur Alsenstraße, durch die Alsen- und Louisenstraße. Die östlichen Seiten dieser Straßen gehören zum Bezirk I.

b. **Kehrbezirk Hindenburg II,**

umfassend den westlichen Teil von Hindenburg, der im Süden durch die Eisenbahn Gleiwitz—Ruda begrenzt wird, und die Gemeinde Mathesdorf; im Osten geht die Grenze durch die Bahnhofstraße, von der Stollenstraße ab durch die Kronprinzenstraße, dann schräg über den Marktplatz durch die Alsen- und Louisenstraße. Die westlichen Häuser dieser Straßen gehören zu dem Kehrbezirk II.

c. **Kehrbezirk Hindenburg III,**

umfassend alle bisher dem Schumann'schen Kehrbezirke zugeteilten Häuser südlich der Eisenbahn Gleiwitz—Ruda und die Gemeinde Sosnitza und den Gutsbezirk Sosnitza (Mathieshof). Er wird im Osten und Süden begrenzt durch die Schiller-, Dorotheen- und Florianstraße, dann geht die Grenze hinter der Brauerei vorbei über die Kronprinzenstraße weg an der Kokeanstalt Skalley vorbei bis an die Eisenbahn Gleiwitz—Ruda.

Die Häuser der Dorotheenstraße an der Westseite von der Schillerstraße ab bis an die Eisenbahn Gleiwitz—Ruda, die Häuser an der Nordseite der Schillerstraße und der Florianstraße, die Brauerei, die Redenhütte und die Gebäude der Eisenbahn an der Strecke Gleiwitz—Ruda gehören zum Kehrbezirk III.

Oppeln, den 27. November 1918.

Namens des Bezirksausschusses.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

678. Auf Grund der §§ 11 und 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Grünkohl und Dauerweißkohl dürfen erst vom 15. Dezember 1918 ab im Gebiet des Deutschen Reiches abgesetzt werden.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. Auch kann auf Einziehung der ohne Genehmigung abgesetzten Waren erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Berlin, den 16. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

---

679. Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, Berlin, folgende Groß- und Kleinhandelspreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Großh.-preis	Kleinh.-preis	
Aepfel und Birnen				
(Tafelobst) vom 1.—31. Dezember 1918	44	54	69	Pfg. je Pfund.

Die Erzeugerpreise umfassen die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung (§ 6 der Verordnung vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 307) sowie die Aufbewahrungszuschläge

Die sämtlichen Preise treten am 1. Dezember 1918 in Kraft.

Die Stadt- und Landgemeinden dürfen nur niedrigere Groß- und Kleinhandelspreise festsetzen.

Breslau, den 27. November 1918.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Schlesien.

680. Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, Berlin, folgende Groß- und Kleinhandelspreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Erzeugerpreis	Großh.-preis	Kleinh.-preis
	M. je Ztr.	M. je Ztr.	M. je Ztr.	M. je Ztr.
		Bei Lieferung auf Grund eines von der Reichsstelle für Gemüse und Obst abgeschlossenen oder von ihr genehmigten Lieferungsvertrages.		
1. Dauerrotkohl				
vom 1.—31. Dezember 1918	9,50	10,—	12,50 (13,50)	17,50
vom 1.—31. Januar 1919	10,—	10,50	13,— (14,—)	18,—
vom 1.—28. Februar 1919	10,50	11,—	13,50 (14,50)	18,50.
vom 1.—31. März 1919	11,—	11,50	14,— (15,—)	19,—
2. Dauerwirsingkohl				
vom 1.—31. Dezember 1918	9,—	9,50	12,50 (13,50)	18,50
vom 1.—31. Januar 1919	9,50	10,—	13,— (14,—)	19,—
vom 1.—28 Februar 1919	10,—	10,50	13,50 (14,50)	19,50
vom 1.—31. März 1919	10,50	11,—	14,— (15,—)	20,—
3. Rote Speisemöhren und längliche Karotten				
vom 1.—31. Dezember 1918	7,25	7,75	10,75 (11,75)	15,75 (16,75)
vom 1.—31. Januar 1919	7,50	8,—	11,— (12,—)	16,— (17,—)
vom 1.—28. Februar 1919	7,75	8,25	11,25 (12,25)	16,25 (17,25)
vom 1.—31. März 1919	8,—	8,50	11,50 (12,50)	16,50 (17,50)

4. Gelbe Speisemöhren

vom 1.—31. Dezember 1918	5,50	5,75	7,75 (8,75)	11,75 (12,75)
vom 1.—31. Januar 1919	5,75	6,—	8,— (9,—)	12,— (13,—)
vom 1.—28. Februar 1919	6,—	6,25	8,25 (9,25)	12,25 (13,25)
vom 1.—31. März 1919	6,25	6,50	8,50 (9,50)	12,50 (13,50)

5. Kleine, runde Karotten

vom 1.—31. Dezember 1918	12,75	—	16,75	23,75
vom 1.—31. Januar 1919	13,—	—	17,—	24,—
vom 1.—28. Februar 1919	13,25	—	17,25	24,25
vom 1.—31. März 1919	13,50	—	17,50	24,50

6. Rote (Salat) Rüben (rote Beete)

vom 1.—31. Dezember 1918	7,75	8,75	10,75	15,75
vom 1.—31. Januar 1919	8,—	9,—	11,—	16,—
vom 1.—28. Februar 1919	8,25	9,25	11,25	16,25
vom 1.—31. März 1919	8,50	9,50	11,50	16,50

7. Zwiebeln, lose,

vom 1.—31. Dezember 1918	15,50	16,—	21,—	31,—
Zwiebeln mit Sack	—	—	23,—	31,—
Zwiebeln, lose,				
vom 1.—31. Januar 1919	16,50	17,—	24,—	32,—
Zwiebeln mit Sack	—	—	26,—	32,—
Zwiebeln, lose,				
vom 1.—28. Februar 1919	18,50	19,—	26,—	34,—
Zwiebeln mit Sack	—	—	28,—	34,—
Zwiebeln, lose,				
vom 1.—31. März 1919	20,50	21,—	28,—	36,—
Zwiebeln mit Sack	—	—	30,—	36,—

Die Erzeugerpreise umfassen die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung. (§ 6 der Verordnung vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 307) sowie die Vergütung für besondere Aufwendungen des Anbauers an Arbeit oder an Kosten für die Aufbewahrung (Einmieten, Einkellern und dergl.).

Die Erzeugerpreise, sowie die sämtlichen festgesetzten Groß- und Kleinhandelspreise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt Seite 339) mit den dazu ergangenen Abänderungen.

Die in Klammern beigefügten Preise gelten nur in den Kreisen Beuthen Stadt und Land, Gleiwitz Stadt und Land, Kattowitz Stadt und Land, Königshütte OS, Hindenburg OS., Pleß, Rybnik, Tarnowitz.

Die Stadt- und Landgemeinden dürfen abweichend hiervon nur niedrigere Groß- und Kleinhandelspreise festsetzen.

Breslau, den 30. November 1918.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Schlesien.

---

657. Ankündigung

von ausgelosten 4% und 3½% Rentenbriefen der Provinz Schlesien.

Bei der heute in Gemäßheit der Bestimmungen der §§ 39 ff. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 im Beisein eines Abgeordneten der Provinzialvertretung und eines Notars stattgefundenen Verlosung der zum **1. April 1919** einzulösenden Rentenbriefe der **Provinz Schlesien** sind nachstehende Nummern gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe.

117 Stück Buchst. A. zu 3000 Mark (1000 Tlr.)

Nr. 1206. 2490. 2569. 2600. 2717. 3145. 3331. 3845. 4050. 4063. 4842. 5157. 5237. 6404. 6494. 6552. 6704. 6781. 6902. 7577. 7615. 8368. 8691. 8728. 9138. 9723. 9735. 10021. 10033. 10651. 11047. 11246. 12241. 12307. 12514. 12594. 12698. 12725. 12782. 12864. 12990. 13125. 13337. 13389. 13701. 14059. 14510. 14542. 14930. 14935. 15086.

15193. 15417. 16156. 16292. 16704. 16759. 16764. 16989. 17381. 17922. 18009. 18017. 18034. 18317. 18321. 18579. 18952. 19021. 19048. 19380. 19428. 20039. 20181. 20275. 20635. 20670. 20817. 21973. 22146. 22415. 22501. 22837. 22925. 23099. 23151. 23159. 23785. 23828. 24175. 24301. 25088. 25206. 25350. 25626. 25890. 25950. 26049. 26390. 26401. 26415. 26504. 26855. 27303. 27393. 27782. 27840. 28213. 28361. 28401. 28472. 28637. 28704. 29049. 29341. 29487. 29511.

30 Stück Buchst. B. zu 1500 Mark (500 Tlr.)

Nr. 150. 404. 441. 507. 631. 756 771. 945. 1018. 1300. 1392. 1841. 2071. 2363. 2796. 2946. 3160. 3242. 3850. 3978. 4483. 4782. 4942. 5146. 5761. 6465. 6819. 6852. 7033. 7204.

122 Stück Buchst. C. zu 300 Mark (100 Tlr.)

Nr. 123. 150. 188. 292. 318. 337. 575. 737. 995. 1070. 1428. 1582. 1744. 2236. 2564. 2712. 2754. 3346. 3477. 3560. 3573. 3746. 4283. 4318. 4700. 4881. 5306. 5867. 5931. 6124. 6406. 6850. 6997. 7896. 7917. 7966. 8399. 8906. 9209. 9338. 9428. 9613. 9639. 9897. 9933. 10005. 10223. 10317. 10433. 11069. 11194. 11879. 12112. 12227. 12408. 12836. 13078. 13542. 13708. 14324. 14370. 14884. 15194. 15277. 15682. 15719. 15990. 16324. 16740. 16939. 17412. 17531. 17817. 17905. 18606. 19030. 19076. 19082. 19178. 19273. 19787. 19854. 20056. 20172. 20437. 20524. 20750. 21456. 21463. 21605. 21908. 22225. 22899. 23348. 23732. 23815. 24939. 25070. 25292. 25508. 25714. 25820. 26032. 26331. 26377. 26404. 26485. 26829. 26953. 27202. 27330. 27344. 27560. 27631. 27641. 27722. 27731. 27756. 27778. 27799. 27805. 27851.

96 Stück Buchst. D. zu 75 Mark (25 Tlr.)

Nr. 148. 281. 330. 631. 697. 1094. 1543. 2063. 2594. 2936. 3755. 4875. 5096. 5325. 5577. 5991. 6243. 6333. 6401. 6497. 6539. 6909. 7100. 7447. 7536. 7609. 7706. 7809. 7998. 8138. 8710. 9116. 9195. 9392. 9705. 9983. 10332. 10714. 10734. 11001. 11623. 11893. 12196. 12416. 12521. 12538. 12704. 12759. 12894. 13099. 13676. 13768. 13814. 14042. 14590. 14983. 15028. 15119. 15340. 15530. 15620. 16387. 16874. 17071. 17490. 17757. 17920. 18031. 18043. 18243. 18323. 18504. 18680. 18938. 18982. 19025. 19999. 20243. 20300. 20372. 20891. 21103. 21112. 21165. 21364. 21473. 21535. 21627. 21642. 21668. 21670. 21675. 21688. 21766. 21842. 21858.

1 Stück Buchst. AA. zu 3000 M. Nr. 143.
1 Stück Buchst. BB. zu 1500 M. Nr. 30.
1 Stück Buchst. CC. zu 300 M. Nr. 92.
2 Stück Buchst. DD. zu 75 M. Nr. 37. 57.

II. 3½ % Rentenbriefe.

10 Stück Buchst. L. zu 3000 M. Nr. 149. 179. 243. 321. 473. 586. 724. 815. 916. 1049.
3 Stück Buchst. M. zu 1500 M. Nr. 101. 210. 255.
16 Stück Buchst. N. zu 300 M. Nr. 62. 67. 98. 194. 367. 406. 549. 590. 728. 854. 888. 1052. 1061. 1124. 1159. 1313.
5 Stück Buchst. O. zu 75 M. Nr. 65. 102. 281. 360. 416.
1 Stück Buchst. P. zu 30 M. Nr. 119.
1 Stück Buchst. S. zu 300 M. Nr. 12.

Unter Kündigung der vorstehend bezeichneten Rentenbriefe zum **1. April 1919** werden ihre Inhaber aufgefordert, den Nennwert **gegen Zurücklieferung der Rentenbriefe nebst Zinsscheinen und Erneuerungsscheinen sowie gegen Quittung**

vom **1. April 1919** ab, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage, entweder bei unserer Kasse — Albrechtstraße 32 hierselbst — oder bei der Rentenbankkasse in Berlin C. 2 — Klosterstraße 76 — oder bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) in Berlin W. 56 — Markgrafenstraße 38 — in den Vormittagstunden von 9 bis 12 Uhr,

bar in Empfang zu nehmen.

Den unter I. aufgeführten Rentenbriefen Buchst. A bis D müssen die **Zinsscheine Reihe 9 Nr. 10 bis 16**, den Rentenbriefen Buchst. AA. bis DD. die **Zinsscheine Reihe 1 Nr. 15 und 16**, den unter II aufgeführten Rentenbriefen Buchst. L. bis P. die **Zinsscheine Reihe 4 Nr. 8 bis 16** und dem Rentenbriefe Buchst. S. die **Zinsscheine Reihe 3 Nr. 5 bis 16** beigefügt sein.

Auswärtigen Inhabern von ausgelosten und gekündigten Rentenbriefen ist es gestattet, sie durch die Post, **aber frankiert** und unter Beifügung einer Quittung an die oben bezeichneten Kassen einzusenden, worauf die Uebersendung des Nennwertes auf gleichem Wege, auf Gefahr und Kosten des Empfängers erfolgen wird.

Vom **1. April 1919** ab findet eine weitere Verzinsung der hiermit gekündigten Rentenbriefe nicht statt und der Wert der etwa nicht miteingelieferten Zinsscheine wird bei der Auszahlung vom Nennwerte der Rentenbriefe in Abzug gebracht.

Die ausgelosten Rentenbriefe verjähren nach § 44 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 nach Ablauf von 10 Jahren.

Breslau, den 15. November 1918.

Direktion
der Rentenbank für Schlesien und Posen.

681. Personalnachrichten der Regierung zu Oppeln.

Bestätigt die Wiederwahl des Justizrats Kaiser, Sanitätsrats Dr. Gralka, Hüttendirektors Gosch, Kaufmanns Syrzisko und die Neuwahl des Bankdirektors Hyner in Beuthen zu unbesoldeten Stadträten für eine mit dem 31. 12. 1924 abschließende Amtsdauer von 6 Jahren, die Wiederwahl des Rentners Franz Preiß, des Kaufmanns August Riegel, des Rentners Paul Blaschke, des Landesältesten Paul Lachmann, des Maurermeisters Georg Anders als unbesoldete Stadträte der Stadt Neisse für eine mit dem 2. Januar 1925 und die Erstwahl des Rentners Hans Beyer für eine mit dem 2. Januar 1922 abschließende Amtsdauer.

Erteilt die Personalkonzession für den Apotheker Edmund Andrzejewski zum Betriebe der Marien-Apotheke in Godullahütte OS.

Uebertragen die Försterstelle in Psychod dem Förster Glotzel in Chroscyütz.

Versetzt Förster Müller in Psychod in die Försterstelle in Chroscyütz.

682. Personalnachrichten im Bezirk der Oberstaatsanwaltschaft zu Breslau.

Ernannt: Kanzleidiätar Mehlich aus Lyck zum Kanzlisten bei der Staatsanwaltschaft in Oppeln, Strafanstaltsaufseher Friebel in Görlitz zum Strafanstaltshausvater in Groß Strehlitz.

Gestorben: Gefangenaufseher Urban in Beuthen OS.

683. Personalveränderungen im Bezirke des Oberlandesgerichts Breslau.

Regierungsbezirk Oppeln.

Referendare. Ernannt: der Rechtskandidat Fritsch.

Mittlere Beamte. Gestorben: die Amtsgerichtssekretäre Rechnungsrat Worbs in Gleiwitz, Jarzombek in Rosenberg OS., Stiller in Bauerwitz, der Gerichtsvollzieher Niesler in Hindenburg OS.

In den Ruhestand versetzt: der Gerichtsvollzieher Wahl in Myslowitz, der Landgerichtssekretär Boehm in Gleiwitz.

Die Einrückungsgebühren betragen für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg. Belegblätter und einzelne Stücke kosten 10 Pf. für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 Pf. für jedes Stück des Amtsblatts.
Schriftleitung: Amtsblattstelle der Königlichen Regierung. — Druck von F. Weilshaeuser in Oppeln.